



## **Wissenschaftsausschuss**

### **28. Sitzung (öffentlich)**

13. März 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>1</b> | <b>Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen</b>   | <b>3</b> |
|          | Antrag<br>der Fraktion der SPD<br>Drucksache 17/4117<br><br>Ausschussprotokoll 17/539<br><br>Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der CDU, der FDP,<br>der Grünen und der AfD gegen die Stimmen der SPD, den<br>Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4117, abzu-<br>lehnen. |          |
| <b>2</b> | <b>Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken<br/>und Perspektiven entwickeln!</b>  | <b>6</b> |
|          | Antrag<br>der Fraktion der CDU und<br>der Fraktion der FDP<br>Drucksache 17/4799   |          |

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 5. April 2019 zu beteiligen.

- |          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>3</b> | <b>Finanzlage der Universität zu Köln</b>  | <b>7</b> |
|          | Bericht der Landesregierung  |          |
| <b>4</b> | <b>Verschiedenes</b>   | <b>8</b> |
|          | <b>a) Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes</b>   | <b>8</b> |
|          | Die Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes findet am 3. April 2019 von 10 Uhr bis maximal 15:30 Uhr statt. Die Anhörung wird gestreamt. |          |
|          | <b>b) Sitzung am 3. April 2019, 15:30 Uhr</b>  | <b>8</b> |
|          | Der Ausschuss hat sich wegen konkurrierender Ausschusssitzungen darauf verständigt, die Abstimmungen in Fraktionsstärke durchzuführen.                         |          |

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### 1 Strukturwandel im Rheinischen Revier konkret machen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4117

Ausschussprotokoll 17/539

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** vertritt die Auffassung, insbesondere das Kernforschungszentrum Jülich habe einige lohnenswerte Punkte zu der insgesamt sehr interessanten Anhörung beigetragen. Es werde davon ausgegangen, dass der Strukturwandel wissenschaftsbasiert sein solle und müsse. Das stelle auch Anforderungen an die Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, die nicht außen vor bleiben könne, sondern bei dem anstehenden Strukturwandel stark gefordert sei. Dies sei während der Anhörung sehr deutlich durch die Identifizierung der verschiedenen Felder herausgearbeitet worden, in die sich Wissenschaft einbringen solle. Dazu gehörten die digitale Infrastruktur, die Ertüchtigung bestehender Industrien und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Überall sähen die Experten die Wissenschaft als treibenden Faktor, damit der Strukturwandel gelinge.

Ebenfalls habe die Anhörung sehr deutlich ergeben, dass ein bunter Strauß von Ideen nicht ausreiche, sondern für das Gelingen eine strukturierte Herangehensweise und ein Plan benötigt würden. Scharniere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft müssten gefunden werden. Auch hier müsse sich die Wissenschaftspolitik im Lande einbringen.

Ein weiterer Fokus der Anhörung habe auf Start-ups und Ausgründungen gelegen. Gründung dürfe nicht erst nach dem Studium eine Rolle spielen, sondern müsse bereits in die Studiengänge integriert werden, damit die Studierenden Gründung von vornherein mit dächten. Dies könne durch Curricula und Workshops unterstützt werden. Damit solle sich der Ausschuss noch einmal detaillierter befassen.

Die Ansiedlung einer neuen Hochschule sei von den Experten nicht für richtig gehalten worden. Stattdessen sei von virtuellen Instituten die Rede gewesen. Darüber werde schon seit längerer Zeit diskutiert.

Aus Sicht des Wissenschaftsausschusses sei die Anhörung sehr interessant und befruchtend gewesen. Als Ergebnis dieser Anhörung sollten Initiativen aus dem Wissenschaftsministerium erwachsen.

**Dr. Stefan Berger (CDU)** hält es für schwierig, für die anstehende Entwicklung einen Plan über einen Zeitraum von zehn Jahren zu entwerfen. Die Landesregierung habe viele erste Ideen und mögliche Ansatzpunkte für die Entwicklung in die Kohlekommission eingebracht.

Leider müsse man gute Jobs aus einer sich selbst tragenden Industrie aufgrund der gefassten Beschlüsse nun durch Steuergeld ersetzen. Klar sei aber, dass den Umweltproblemen selbstverständlich Rechnung getragen werden müsse.

Eine Gesamtstrategie für Wissenschaft ableiten zu wollen, halte er für verfrüht.

Es werde darauf ankommen, so viel finanzielle Unterstützung wie möglich von der Bundesebene zu erhalten und die Liste der bereits vorhandenen Ideen umzusetzen.

Ein Institut wie jenes in Jülich werde künftig wie bisher eine große Rolle spielen; dennoch sei nicht nur die Wissenschaftsebene betroffen. Auch zur Realisierung der Digitalisierung trage nicht nur das Wissenschaftssystem bei, sondern vor allen Dingen private Investitionen spielten in dem Bereich eine ganz entscheidende Rolle.

Über die Dimension und Bedeutung des Strukturwandels bestehe Einigkeit.

Bei Einbringung des vorliegenden Antrags habe die Kohlekommission ihre Ergebnisse noch nicht veröffentlicht gehabt. Deshalb rege er an, sich nicht weiter mit dem Antrag zu befassen, sondern sich auf die Ergebnisse der Kohlekommission zu konzentrieren.

**Dietmar Bell (SPD)** widerspricht, in der Anhörung seien aus Landessicht klar erkennbare Handlungsnotwendigkeiten deutlich geworden. Um den Strukturwandel erfolgreich bewältigen zu können, seien Maßnahmenpakete zu identifizieren und initiativ auf den Weg zu bringen.

Unstrittig sei aufgrund der Ausgangssituation, dass Energiewirtschaft und energiewissenschaftliche Fragestellungen in der Region eine herausragende Rolle spielen würden. Wie im Zusammenspiel bestehender Institutionen ein Mehr für die Region herausgearbeitet werden könne, sei zu klären. Dafür lohne sich ein Blick auf Bayern. Der Energiecampus in Nürnberg-Erlangen sei ein Zusammenschluss von insgesamt sieben universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die die Energiewende ganzheitlich betrachteten und auf dem Campus als Thinktank zusammengefügt worden seien. Mit diesem Energiecampus gelinge es unter Bündelung der vorhandenen Forschungsschwerpunkte, die Energiewende in der ganzen Prozesskette zu analysieren und gleichzeitig Voraussetzungen zu schaffen, um Forschungsanträge auf Bundesebene oder europäischer Ebene zu binden.

Dies sei ein gutes Beispiel dafür, wie man Zusammenarbeit in der Region künftig unter wissenschaftsgeleiteten Gesichtspunkten voranbringen könne und wie perspektivisch gedacht werden könne. Es dürfe nicht zu einer rein kommunalpolitisch getriebenen Diskussion über wissenschaftliche Fragen kommen. Dagegen stelle sich die Frage, welchen Spin-off neue Campusse möglicherweise für die regionale Strukturentwicklung bedeuten könnten.

Die Anhörung habe eine Reihe von Anregungen erbracht. Man tue gut daran, sich weiterhin über gute Ideen miteinander auszutauschen, diese auf die Möglichkeit einer Realisierung zu prüfen und Gelingensvoraussetzungen zu schaffen, um eine gute Entwicklung auf den Weg zu bringen.

Auch wenn der Antrag die Ergebnisse der Kohlekommission noch nicht berücksichtige, eigne er sich als Arbeitspapier.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** erinnert, die Zukunftsagentur Rheinisches Revier habe vier Zukunftsfelder definiert. Die Wissenschaft spiele dabei fraglos eine große Rolle.

Der Bericht der Kohlekommission sehe im ersten Teil Maßnahmen vor, die ab 2021 zu realisieren seien. Es habe eine enge Abstimmung mit der Landesregierung gegeben, welche Ansätze besonders weiterverfolgt werden sollten. Neben einer Reihe wichtiger wissenschaftlicher Player wie den Hochschulen gebe es interessante Ansätze im Bereich der Energieforschung. Ebenfalls Teil dieser Liste sei eine denkbare Erweiterung der Technischen Hochschule Köln.

Zunächst müsse jedoch dafür gesorgt werden, dass der Kompromiss trage und so umgesetzt werden könne.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der CDU, der FDP, der Grünen und der AfD gegen die Stimmen der SPD, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/4117, abzulehnen.

**2 Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken und Perspektiven entwickeln!**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4799

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 5. April 2019 zu beteiligen.

### 3 Finanzlage der Universität zu Köln

Bericht der Landesregierung

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** erinnert an ihren Bericht in der Ausschusssitzung am 5. Dezember 2018, wonach die Universität ein strukturelles Defizit in ihrem Haushalt sehe, dem sie vorausschauend mit Einsparungen in allen Universitätsbereichen begegnen wolle. Die Einsparungen sollten gleichmäßig über alle Universitätsbereiche hinweg, also über alle Fakultäten, die zentralen Einrichtungen und die Verwaltung, erbracht werden. An diesem Plan habe sich gegenüber dem letzten Bericht keine Veränderung ergeben.

Die Planungsprämissen seien nach wie vor von Unsicherheiten geprägt. Dies gelte zum Beispiel für die Einigung über eine Anschlussvereinbarung zum Hochschulpakt. Der Wirtschaftsplan 2019 werde derzeit in den Gremien der Universität behandelt und dem Hochschulrat in seiner Sitzung Ende März zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hinweise auf Auswirkungen der angespannten Finanzlage auf die Lehre seien der Universität nicht bekannt.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)** verweist auf den Fachbereich Japanologie, in dem aufgrund eines erkrankten Mitarbeiters derzeit keine Sprachkurse erteilt werden könnten. Diese Stelle könne bislang nicht besetzt werden. Das hänge laut Aussage der Universität mit der Finanzsituation zusammen.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** erwidert, es sei unklar, wie lange die erkrankte Person noch ausfalle. Deshalb werde die Stelle nicht neu besetzt. Zum Sommersemester werde es aber eine Vertretung geben.

#### **4 Verschiedenes**

##### **a) Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes**

Die Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes findet am 3. April 2019 von 10 Uhr bis maximal 15:30 Uhr statt. Die Anhörung wird gestreamt.

##### **b) Sitzung am 3. April 2019, 15:30 Uhr**

Der Ausschuss hat sich wegen konkurrierender Ausschusssitzungen darauf verständigt, die Abstimmungen in Fraktionsstärke durchzuführen.

gez. Helmut Seifen  
Vorsitzender

18.03.2019/19.03.2019

73